

Open Government in den Wahlprogrammen zur Bundestagswahl 2013

Wie steht es mit dem offenen Regierungs- und Verwaltungshandeln?

Gutachten
zur Bundestagswahl 2013

Version vom 19.08.2013

Prof. Dr. Jörn von Lucke
Deutsche Telekom Institute for Connected Cities
Zeppelin Universität Friedrichshafen

Jörn von Lucke

Prof. Dr.

Lehrstuhl für Verwaltungs-
und Wirtschaftsinformatik

Deutsche Telekom Institute
for Connected Cities (TICC)

Fon +49 7541 6009-1471
Fax +49 7541 6009-1499

joern.vonlucke@zu.de

<http://ticc.zu.de>

Zusammenfassung

Am 22. September 2013 finden die Wahlen zum 18. Deutschen Bundestag statt. In wie weit spielen Forderungen nach einem IT-gestützten offenen Regierungs- und Verwaltungshandeln (Open Government) als Teilgebiet des E-Government und der Verwaltungsinformatik dabei eine Rolle? Um diese Frage zu beantworten, untersuchten Forscher der Zeppelin Universität in Friedrichshafen die Bundestagswahlprogramme von CDU/CSU, FDP, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die LINKE und der Piratenpartei Deutschland. In einer vergleichenden Analyse prüften sie die Wahlprogramme der sechs Parteien bezüglich der Themen Open Government im Allgemeinen, Transparenz, Bürgerbeteiligung und Zusammenarbeit, offene Daten, offener Haushalt, offene Wissenschaft, offenes Bildungswesen und offene gesellschaftliche Innovation.

Das offene Regierungs- und Verwaltungshandeln ist in den Parteien angekommen. In allen untersuchten Wahlprogrammen lassen sich Teilaspekte einer Öffnungsstrategie für Staat und Verwaltung finden. Dazu zählen unter anderen Forderungen nach mehr Transparenz und Offenheit, einem Lobbyistenregister, einer Überarbeitung des Informationsfreiheitsgesetzes zu einem Transparenzgesetz nach Hamburger Vorbild sowie nach mehr Bürgerbeteiligung, Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden auf Bundesebene. Ebenso wird verlangt, bestehende Open Data-Angebote auszubauen und alle für die Öffentlichkeit relevanten Datenbestände freizugeben. Dies umfasst Statistiken, Dokumente und sonstige öffentliche Werke. Außerdem wird ein Bürgerinformationsportal erbeten. Allerdings fordern nur Bündnis 90/Die Grünen ein offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln als künftigen Standard ein. Alle anderen Parteien begnügen sich mit vielfältigen Vorschlägen in unterschiedlichen Bereichen, ohne sie in eine umfassende Open Government-Strategie einzubinden. CDU/CSU und FDP positionieren sich mit ihren netzpolitischen Vorschlägen zur Verwaltungsmodernisierung im Vergleich zu den anderen Parteien eher moderat und erkundend. SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die LINKE setzen bei Transparenz und Bürgerbeteiligung stärker auf die Möglichkeiten digitaler Technologien. Die Piratenpartei hat in ihrem Wahlprogramm sehr viele Vorschläge mit weit reichenden Auswirkungen zusammengetragen, die eine starke Öffnung von Staat und Verwaltung bedeuten würden.

Staat und Verwaltung werden sich in den kommenden Jahren öffnen und verändern. In den Wahlprogrammen sind viele Forderungen zu einem offenen Regierungs- und Verwaltungshandeln enthalten. Die Schwerpunkte werden jedoch von den Parteien unterschiedlich gesetzt. Entscheidend wird sein, welche Vorschläge ihren Weg in den Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung finden, wer sich für eine Umsetzung einsetzt und welches Ressort konkret welche Mittel für eine nachhaltige Öffnung zur Verfügung gestellt bekommt. Überzeugend wäre eine ganzheitliche Strategie des Bundes, die Politik und Verwaltung ausreichende Räume zur weiteren Entwicklung bietet.

Prof. Dr. Jörn von Lucke ist Professor der Zeppelin Universität, Direktor des Deutsche Telekom Institute for Connected Cities (<http://ticc.zu.de>), Senior Researcher am Fraunhofer Institut FOKUS (<http://www.fokus.fraunhofer.de>) und Sprecher der Fachgruppe Verwaltungsinformatik der Gesellschaft für Informatik e.V. (<http://fg-vi.gi.de>). Er arbeitet im Arbeitskreis OGP Deutschland (<http://opengovpartnership.de>) mit.

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	II
Abkürzungsverzeichnis	IV
1 Wahlprogramme zur Bundestagswahl 2013	1
2 Offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln	3
3 Open Government in den Wahlprogrammen der Parteien	5
3.1 CDU/CSU.....	5
3.2 FDP.....	6
3.3 SPD.....	7
3.4 Bündnis 90/Die Grünen.....	8
3.5 Die LINKE	9
3.6 Piratenpartei.....	10
4 Vergleichende Übersicht zum Offenen Regierungs- und Verwaltungshandeln in den Wahlprogrammen	11
4.1 Offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln (Open Government)	11
4.2 Transparenz des Regierungs- und Verwaltungshandelns	12
4.3 Bürgerbeteiligung im politischen Prozess (Partizipation)	13
4.4 Zusammenarbeit im Verwaltungshandeln (Kollaboration).....	14
4.5 Freie und offen zugängliche Verwaltungsdaten (Open Government Data).....	15
4.6 Öffnung von Haushaltswesen und Haushaltsdaten (Open Budget 2.0).....	16
4.7 Open Access und Open Education	17
4.8 Web 2.0-Technologien und Social Media im öffentlichen Sektor.....	18
4.9 Offene Gesellschaftliche Innovation	19
4.10 Mitwirkungsmöglichkeiten für Bürger am Wahlprogramm	20
5 Fazit: Offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln im Wahlkampf	21
Betrachtete Wahlprogramme	23
Literatur	24

Abkürzungsverzeichnis

ACTA	Anti-Counterfeiting Trade Agreement
BK	Bundeskanzleramt
BLA	Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Förderung des Open Government
BMI	Bundesministerium des Innern
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft
BPA	Bundespresseamt – Presse- und Informationsamt der Bundesregierung
BW	Baden-Württemberg
CDU	Christlich Demokratische Union
CSU	Christlich-Soziale Union
DACHLI	Deutschland, Österreich und die Schweiz
E-Energy	Electronic Energy
E-Government	Electronic Government
E-Health	Electronic Health
e.V.	eingetragener Verein
FDP	Freie Demokratische Partei
GI	Gesellschaft für Informatik e.V.
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Hrsg.	Herausgeber
IDW	Institut der Deutschen Wirtschaft
IFG	Informationsfreiheitsgesetz
IKT	Informations- und Kommunikationstechnologien
IT	Informationstechnologie
LPB	Landeszentrale für Politische Bildung
OER	Open Educational Resources
OGP	Open Government Partnership
PDF	Portable Document Format
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
TICC	Deutsche Telekom Institute for Connected Cities

1 Wahlprogramme zur Bundestagswahl 2013

Am 22. September 2013 steht die kommende Bundestagswahl an. 38 Parteien können antreten, um mit ihren zu wählenden Abgeordneten in den 18. Deutschen Bundestag einzuziehen. Dann hätten sie die Chance, die Bundesrepublik Deutschland in den kommenden Jahren bis 2017 zu prägen. Im Frühjahr 2013 haben die Parteien ihre Wahlprogramme erarbeitet und vorgelegt. Nun liegt es an den Wählern, sich die politischen Wunschprogramme anzusehen und zu überlegen, welcher Partei und welchem Direktkandidaten sie bei der Wahl ihre Stimme geben wollen.

Wahlentscheidend werden in der Regel vor allem jene Themen sein, die die Menschen in Deutschland bewegen. Schließlich geht es um den Einfluss auf Wirtschaft und Gesellschaft sowie um Wohlstand und die Zukunftsgestaltung. Konkret mögen hierzu die Finanz- und Haushaltspolitik, die Innen- und Sicherheitspolitik, aber auch die Außen- und Friedenspolitik zu nennen sein. Ausschlaggebend wirken sich auch Vorschläge zur Steuer- und Wirtschaftspolitik, Energie- und Umweltpolitik, Kinder- und Familienpolitik sowie zur Sozial-, Arbeitsmarkt- und Gesundheitspolitik aus. Im Juli 2013 hat sich das [Institut der Deutschen Wirtschaft](#) die Wahlprogramme der bedeutenderen Parteien mit Blick auf die fiskalischen Auswirkungen der steuer-, sozial- und arbeitsmarktpolitischen Vorschläge und deren Wachstums- und Beschäftigungseffekte analysiert. Auf Basis finanzmathematischer Simulationen wurden aus den Wahlprogrammen heraus positive oder negative Effekte für das Steueraufkommen, Wirtschaftswachstum und die Beschäftigung berechnet (IDW 2013). In den Medien erzeugte dies eine erste kleinere Debatte über die Folgen der Bundestagswahl.

Diese Themen im Zentrum der Aufmerksamkeit sind aber nicht die einzigen, die für die Zukunft Deutschlands entscheidend sein werden. Bedenkt man den großen Einfluss und die Gestaltungskraft, die das Internet und die neuen Kommunikationstechnologien auf unsere Wirtschaft und Gesellschaft haben, liegt es nahe, sich mit den Vorschlägen zur digitalen Gesellschaft und zur Netzpolitik auseinander zu setzen, die die Parteien anbieten. [Stefan Heumann von der Stiftung Neue Verantwortung](#) untersuchte in seiner im Juli 2013 veröffentlichten Analyse zentrale Themenfelder der Netzpolitik. So betrachtete er die digitale Wirtschaftspolitik, Vorschläge zur Unterstützung von Unternehmensgründungen im Sektor der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT), den Ausbau der Breitbandnetze, den Datenschutz, die Urheberrechte, die Standpunkte zur Netzneutralität, zur Außenpolitik und zu Innovationen im staatlichen Sektor (Heumann 2013). Mit Blick auf die wirtschaftliche Bedeutung der Bundesverwaltung als Auftraggeber könnten die Wahlprogramme auch auf Vorschläge der Parteien für den IKT-Einsatz in der öffentlichen Verwaltung (E-Government), in der Energieversorgung (E-Energy), in der Gesundheitsversorgung (E-Health), im Bildungswesen, in der Verkehrssteuerung und anderen gesellschaftspolitisch relevanten Feldern untersucht werden.

Das Ziel dieses Gutachten ist es, die Wahlprogramme aus dem Blickwinkel des offenen Regierungs- und Verwaltungshandelns („Open Government“, Abschnitt 2) zu analysieren, das in den Debatten zur Netzpolitik oft viel zu kurz kommt: In wie weit spielen Forderungen nach einem IT-gestützten offenen Regierungs- und Verwaltungshandeln als Teilgebiet des E-Government und der Verwaltungsinformatik im Wahlkampf eine Rolle? Konkret sollen sechs der 37 Programme dahingehend untersucht werden, inwieweit Transparenz des Regierungs- und Verwaltungshandelns, Bürgerbeteiligung (Partizipation), Zusammenarbeit (Kollaboration), freie und offene Daten, die Öffnung von Haushaltswesen und Haushaltsdaten, Open Access und Open Education, Web 2.0-Technologien und Social Media im öffentlichen Sektor sowie die offene gesellschaftliche Innovation bereits thematisiert werden. Dies erfolgt zunächst mit Blick auf die Parteien (Abschnitt 3) und anschließend vergleichend

mit Fokus auf die skizzierten Schwerpunkthemen (Abschnitt 4). Bei dem Direktvergleich der Positionen werden wegen der gewollten kompakten Übersicht nur die wesentlichen Forderungen aus den Wahlprogrammen zusammengefasst, ohne dass auf alle Details eingegangen werden kann. Die Aufbereitung reflektiert zudem die Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürger an der Gestaltung des Wahlprogramms und ob eine Teilnahme Deutschlands an der Open Government Partnership auch von diesen Parteien im Bundestagswahlkampf 2013 eingefordert wird (Abschnitt 5). Mit Hilfe der Untersuchung lässt sich herausfinden, inwieweit die Ideen zur Öffnung von Staat und Verwaltung aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Verwaltungspraxis bereits Einzug in die Wahlprogramme von CDU/CSU, FDP, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die LINKE und Piratenpartei gehalten haben.

Wahlprogramme und darauf aufsetzende Analysen werden nur einen Teil der Wähler erreichen. Wahlentscheidend sind ebenso der Wahlkampf mit seinen Ständen, Kampagnen und Veranstaltungen sowie die Berichterstattung der etablierten und neuen Medien. Das Internet und die Social Media könnten auch in Deutschland eine stärkere Rolle spielen. In den kommenden Wochen, bis zur Bundestagswahl am 22. September 2013, werden weitere Analysen, aber auch Web-Dienste, Apps und Programme von verschiedenen Seiten lanciert. Tabelle 1 gibt dazu einen aktuellen Überblick.

Angebote der Bundes- und Landeszentralen für Politische Bildung zur Bundestagswahl 2013	
Informationsportal Politische-Bildung.de: Bundestagswahl 2013	http://www.politische-bildung.de/bundestagswahl_2013.html
Wahlprogramme 2013 Landeszentrale für Politische Bildung, Baden-Württemberg	http://www.bundestagswahl-bw.de/wahlprogramme1.html
Wahl-O-Mat (Bundeszentrale für Politische Bildung, verfügbar ab 29.08.2013)	http://www.bpb.de/politik/wahlen/wahl-o-mat/
Web 2.0-Dienste zur Bundestagswahl 2013	
Wikipedia: Bundestagswahl 2013	http://de.wikipedia.org/wiki/Bundestagswahl_2013
Unklarheiten.de: Vergleich von Wahl- und Parteiprogrammen	http://www.wahlprogramme-vergleichen.unklarheiten.de
Vergleichende Analysen aus Wissenschaft und Forschung zur Bundestagswahl 2013	
Institut der Deutschen Wirtschaft	http://www.iwkoeln.de/_storage/asset/118537/storage/master/file/3159431/download/Analyse+Wahlprogramme+2013.pdf
Heumann (Stiftung Neue Verantwortung)	http://www.stiftung-nv.de/151798,1031,111427,-1.aspx
von Lucke (Zeppelin Universität)	http://www.zu.de/deutsch/lehrstuehle/ticc/JvL-130819-Bundestagswahl2013-OpenGovernment-V1.pdf

Tabelle 1: Web-Dienste, Apps, Programme und Analysen der Wahlprogramme zur Bundestagswahl 2013

2 Offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln

Bei genauerer Betrachtung der Wahlprogramme von CDU/CSU, FDP, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die LINKE und Piratenpartei zur Bundestagswahl 2013 stellt man fest, dass sie bereits Gedanken und konkrete Forderungen zu einem offenen Regierungs- und Verwaltungshandeln beinhalten.

„**Open Government**“ wird derzeit noch als unbestimmter Sammelbegriff für eine Vielzahl von Aktivitäten verwendet, die zu einer Öffnung von Staat und Verwaltung beitragen, Neuerungen zulassen und Impulse von außen konstruktiv aufnehmen (von Lucke 2010). Vor allem Web 2.0-Dienste und gesellschaftliche Medien (Social Media) eröffnen vielfältige technische Ansätze, um Politik und Verwaltung transparent und nachvollziehbar zu machen, Bürger stärker in Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse einzubinden und um neue Formen der gemeinsamen Zusammenarbeit zu suchen. Konkrete Anwendungsbeispiele finden sich etwa in elektronischen Katalogen zu offenen Verwaltungsdaten, in der Öffnung des Haushaltswesens durch offene Haushaltsdaten, in offenen Bildungsangeboten und in offenen Innovationsplattformen. Während im Memorandum der Gesellschaft für Informatik (GI 2012) ein sehr umfangreiches Verständnis von Open Government skizziert wird, hat sich die offizielle Bund-Länder-Arbeitsgruppe in ihrem Positionspapier 2012 (BLA 2012) beim offenen Regierungs- und Verwaltungshandeln auf einen eher enger gefassten Fokus mit Schwerpunkt auf (Open) Government Data (<http://www.govdata.de>) geeinigt. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich bislang noch nicht an der internationalen Open Government Partnership (<http://www.opengovpartnership.org>) beteiligt, die das Themenfeld im überstaatlichen Dialog und Austausch inhaltlich breiter erschließen möchte (Beyer 2012). Sie arbeitet aber mit Österreich, der Schweiz und Liechtenstein in diesen Fragen über die DACHLI-Kooperation zusammen.

Entsprechend eingesetzt könnten Web 2.0-Dienste zu mehr **Transparenz** im Staat beitragen. Verständliche Datenaufbereitungen über das Internet helfen der Öffentlichkeit, Entscheidungsprozesse in Politik und Verwaltung zu verfolgen und deren Ursachen, Argumentationen und Konsequenzen zu verstehen. Dadurch kann die wahrgenommene Legitimität von Gremien bei den Bürgern erhöht und durch Rechenschaftslegung eine Vertrauensbasis geschaffen und gefestigt werden. Leicht nachvollziehbare Marktübersichten stellen eine Angebotstransparenz bei Verbrauchern her.

Sollen die Bürger an Ideengenerierung, Planung, Meinungsbildung, und politischer Entscheidungsfindung zunehmend beteiligt werden, eröffnen Konsultationsdienste und –werkzeuge neuartige Möglichkeiten zur **Bürgerbeteiligung (Partizipation)** im politischen Prozess. Angestoßen durch den Einzug der Piratenpartei in vier Landesparlamente und deren pragmatische Ansätze einer flüssigen Demokratie mit Liquid Feedback verändern außerdem alle Parteien ihre Konzepte, um auch interessierte und engagierte Bürger mit guten Ideen, die aber keine Parteimitglieder sind, in die parteiinterne Meinungsbildung vor einer Entscheidungsfindung einzubeziehen.

Noch keine weite Verbreitung im öffentlichen Sektor haben jene Ansätze zur **offenen IT-gestützten Zusammenarbeit** gefunden, die sich nach erfolgter politischer Entscheidungsfindung im Verwaltungshandeln ergeben. Moderne IKT eröffnen hier Möglichkeiten zur gemeinsamen Finanzierung von Vorhaben (Crowdfunding), zum gemeinsamen Wissensmanagement (Wikis), zu virtuellen Projektarbeitsräumen, zur transparenten Öffnung der Gremienarbeit, zur elektronischen Vorgangsbearbeitung, zu Dienstleistungszentren, zu einheitlichen Ansprechpartnern, zur offenen gemeinsamen Innovation, zum offenen Monitoring sowie zur offenen Evaluierung des Regierungs- und Verwaltungshandelns in aller Öffentlichkeit (von Lucke 2012).

Freie und offen zugängliche Verwaltungsdaten (Open Government Data) (von Lucke/Geiger 2011) als Mittel zur Transparenz stehen seit 2010 im Mittelpunkt der Bemühungen von Bund, Ländern und Kommunen, das offene Regierungs- und Verwaltungshandeln in einem Projekt zu konkretisieren (Klessmann/Denker/Schieferdecker/Schulz 2012). Im Winter 2013 wurde das nationale Datenportal Govdata.de (<http://www.govdata.de>) zur Erschließung vorhandener Datenbestände der Öffentlichkeit vorgestellt. Das Datenportal erschließt vorhandene dezentrale Datenkataloge von Bund, Ländern und Kommunen mit dem Ziel, dass vorhandene Datenbestände möglichst häufig aufgegriffen und in Veröffentlichungen, Produkten und Diensten Dritter weiterverwendet werden.

Ein konkreter Ansatz dieser Idee ist die **Öffnung des Haushaltswesens und der Haushaltsdaten**, die ganz im Sinne von Haushaltstransparenz, Budgetöffentlichkeit und offene Haushaltsdebatte für die Bürger stets frei zugänglich sein sollten. Web 2.0-Technologien revitalisieren bestehende Berichtsinstrumente, vernetzen die Datenbestände und ermöglichen eine intensivere Bürgerbeteiligung in allen Haushaltsprozessen (von Lucke/Geiger/Hoose/Schreiner 2011).

In Wissenschaft und Forschung wird die Öffnung und freie Verbreitung von Forschungsdaten, Forschungsergebnissen und wissenschaftlichen Publikationen mit der Losung „**Open Access**“ gefordert. Nach Debatten in der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ und im Deutschen Bundestag wurde im Juni 2013 ein Zweitverwertungsrecht für wissenschaftliche Beiträge verabschiedet. Bei „**Open Education**“ geht es vor allem um eine Bereitstellung von frei zugänglichen Lehrmaterialien (Open Education Resources) und eine offene IT-gestützte Bildungsinfrastruktur auf Basis offener Standards und Schnittstellen für Schulen, Lehranstalten und Bibliotheken.

Der Einsatz von **Web 2.0-Technologien und Social Media im öffentlichen Sektor** ist eine weitere Herausforderung. Einerseits eröffnen sich durch Facebook, Google, Twitter & Co. viele neue Einsatzmöglichkeiten und Soziale Netzwerke, die Bürger und Unternehmen oft schon nutzen. Andererseits muss mit Blick auf die europäischen Datenschutzbestimmungen und die Snowden-Enthüllungen zur Arbeit US-amerikanischer und britischer Geheimdienste ihr Einsatz kritisch abgewogen werden. Richtlinien zum Umgang mit den neuen Medien sowie die Verwendung quellcode-offener Software und Cloud-Dienste helfen, einen datenschutzkonformen Einstieg zu finden.

Bei der **offenen gesellschaftlichen Innovation** geht es darum, wie mit Hilfe von Open Innovation Ansätzen einerseits und geeigneten Web 2.0-Technologien andererseits Anregungen, Ideen und neue Vorschläge zur Lösung gesellschaftlicher Fragen gewonnen, aufgegriffen und umgesetzt werden können (von Lucke/Herzberg/Kluge/vom Brocke/Müller/Zimmermann 2012). Bisher ist es vor allem die Aufgabe der Parteien, Anstöße von außen aufzugreifen und als tagespolitische Forderungen einzubringen. Über neuartige technische Ansätze könnten sich Bürger und Unternehmen stärker als bisher in die Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen innerhalb einer Wahlperiode einbringen. Das Bundeskanzleramt setzte 2011/12 bei seinem Dialog über Deutschlands Zukunft auf diesen Ansatz. Die in einem offenen Prozess von Experten und Bürgern gesammelten Ideen flossen in einen Abschlussbericht, dessen Inhalte sich auch in aktuellen Wahlprogrammen wiederfinden (BK 2012).

Auch CDU/CSU, FDP, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die LINKE und Piratenpartei nutzten diese Möglichkeiten bei der Erstellung ihrer Wahlprogramme. Sie verließen sich bei der Erarbeitung der Kernforderungen nicht nur auf die Parteimitglieder. Interessierte Bürger hatten 2012 und 2013 je nach Partei ganz unterschiedliche **Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Gestaltung der Wahlprogramme**. Ihre Vorschläge waren gefragt und wurden zum Teil auch in die Programme eingebaut.

3 Open Government in den Wahlprogrammen der Parteien

3.1 CDU/CSU

Das Internet und die digitale Gesellschaft sind Themen, zu denen sich CDU und CSU in der kommenden Legislaturperiode eine noch viel breitere gesellschaftliche Debatte mit Politik, Sozialpartnern und der Zivilgesellschaft wünschen. Im Kern soll ein „Digitales Weißbuch“ erarbeitet werden, in dem der Stand der Digitalisierung dargestellt und eine Grundlage für die gesellschaftliche Auseinandersetzung gelegt wird. Beide Parteien setzen auf eine bürgernahe Verwaltung und E-Government, um Politik und Verwaltung transparent und nachvollziehbar zu gestalten. Das Internet bietet dem Staat Potentiale für mehr Offenheit gegenüber der interessierten Öffentlichkeit. Im Programm wird jedoch auf die Vorgabe verzichtet, diese durch eine Überarbeitung des Informationsfreiheitsgesetzes systematisch zu erschließen. Forderungen zum Mitmachen und Einmischen unterstreichen den Wunsch, dass sich auch die Bürger aktiv in Debatten einmischen und in die Suche nach den besten Lösungen einbringen sollen. Eine Forderung zur Einführung von Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden auf Bundesebene findet sich jedoch nicht. Obwohl der gesellschaftliche Zusammenhalt zu stärken sei, Ehrenämter und der Sport gefördert werden sollen und sich die Kommunen auf CDU/CSU auch weiterhin verlassen können, werden die Chancen einer IT-gestützten Zusammenarbeit im Programm nicht thematisiert. Jedoch wird „Open Innovation“ erwähnt, in dem eine Chance für die im Wettbewerb zu erfolgende Suche nach den besten Lösungen für die Zukunft zu sehen ist. Das „Prinzip des Open Data“ wird im Zusammenhang mit Verkehrssteuerung und der Forschung angeführt, wo sich Wachstums- und Beschäftigungschancen eröffnen. Eine Verknüpfung mit öffentlichen Haushalten und der Bildung erfolgt nicht. Stattdessen soll eine „Bildungsrepublik Deutschland“ geschaffen werden: „Schule 2.0“ soll der Bildungspakt von Kommunen, Ländern und Bund heißen, mit dem Schulen eine moderne Ausstattung an Computertechnik, digitalen Lernangeboten und eine bessere Vernetzung erhalten sollen (CDU/CSU 2013). Ob hierzu auch auf Web 2.0-Technologien, Social Media und offene Software gesetzt oder nur ein zweiter Anlauf genommen wird, bleibt im Detail unklar.

CDU und CSU wollen sich in der kommenden Legislaturperiode netzpolitischen Themen widmen und ein offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln Realität werden lassen, auch wenn der Begriff „Open Government“ explizit nirgends erwähnt wird. Im Vergleich zu den anderen Parteien müssen die Forderungen im Wahlprogramm als moderat und vorsichtig erkundend bezeichnet werden. Dies passt zu der im Juni 2013 getroffenen Aussage der Bundeskanzlerin und CDU-Parteivorsitzende Angela Merkel: „Das Internet ist für uns alle Neuland.“ Gerade die zweite Generation der Web-Technologien bewirkt zunehmende Veränderungen in Politik und Verwaltung, die sich in ihrer Detailtiefe wie ein „unsichtbarer Kontinent“ erst allmählich im „sich auflösenden Nebel“ abzeichnen und durch „Entdeckung, Erkundung und Entwicklung 2.0“ noch zu erschließen sind (von Lucke 2009). Dennoch überrascht die Zurückhaltung. Die bayerische CSU hat sich für den nahezu zeitgleich stattfindenden Landtagswahlkampf 2013 im Freistaat Bayern mit dem Leitantrag „Bayern 3.0“ sehr viel ambitioniertere Ziele für ein offenes Regieren und Verwalten gesetzt: „Das Verhältnis von Bürgern, Unternehmen und Staat soll künftig nach den Prinzipien von „Open Government“ ausgerichtet werden“ (CSU 2012, S. 35). Zugleich will die CSU im Falle einer Wiederwahl in Bayern eine „Digitalisierungsmilliarde“ (CSU 2012, S. 33) investieren, die auch Open Government-Vorhaben zu Gute kommen soll. Obwohl ein derart konkretes Zugeständnis im CDU/CSU-Regierungsprogramm fehlt, eröffnen sich Gestaltungspotentiale mit dem Digitalen Weißbuch, der Open Innovation-Initiative und „Schule 2.0“, die mit Leben, Inhalten und konkreten Umsetzungsmaßnahmen zu füllen sind.

3.2 FDP

Die Liberalen stehen mit ihrem Bürgerprogramm 2013 „für die freie, die offene Bürgergesellschaft“. Sie wollen die repräsentative Demokratie in Deutschland öffnen, stärken und beleben. Dazu schlagen sie Bürgerplenarverfahren, fakultative Gesetzesreferenden und eine verfassungsrechtliche Verankerung von Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden auf Bundesebene vor. In den neuen Medien sieht die FDP Chancen für eine bessere Bürgerbeteiligung und geringere Hürden zur gemeinsamen Interessenswahrnehmung in der Gesellschaft, für Information und Interaktion. Langfristiges Ziel ist es, eine Teilhabe auch über moderne Kommunikationswege zu ermöglichen, sodass sich Bürger tagesaktuell an politischen Debatten beteiligen können. Nicht thematisiert wird eine IT-gestützte Zusammenarbeit zur Umsetzung von Entscheidungen, obwohl das bürgerschaftliche Engagement weiter gestärkt werden soll. Die Liberalen setzen sich ausdrücklich „für eine Fortführung und den Ausbau bestehender öffentlicher Open Data-Angebote“ ein. Diese klare Forderung wird dadurch unterstützt, dass prinzipiell „möglichst viele Daten aus öffentlicher Verwaltung und öffentlichen Unternehmen in maschinenlesbarer Form und unter Verwendung einer offenen Lizenz“ zur Verfügung gestellt werden sollen, um so eine Nutzung der Daten und Innovationen zu ermöglichen. Insofern ist anzunehmen, dass Haushaltsdaten, Forschungsdaten und Bildungsdaten in diese Forderungen mit eingeschlossen sind, auch wenn sie nicht wortwörtlich genannt werden. Eine transparente wie verständliche Aufbereitung könnte beispielsweise die geforderte Vergleichbarkeit zwischen den Bundesländern im Bildungsbereich sicherstellen. Aus Sicht der FDP sollen Forscher und Wissenschaftler weiterhin selbst entscheiden können, ob sie ihre Werke und Beiträge frei zugänglich machen oder sie unter eine Lizenz stellen möchten. Soweit dem keine zwingenden Belange entgegenstehen, sollte öffentlich geförderte Forschung nach Aussage der FDP ihre Ergebnisse auch öffentlich publizieren (FDP 2013).

Die Liberalen setzen darüber hinaus eigene Akzente mit Forderungen zu mehr Transparenz über die Angebote für Verbraucher, zur Einwanderung und Integration in einem vielfältigen, offenen Deutschland. Sie wollen sich für Grundrechte in der digitalen Welt einsetzen und digitale Kommunikationswege und Angebote ausbauen. Ihre Forderungen nach Transparenz im Regierungs- und Verwaltungshandeln betreffen lediglich die ACTA-Nachfolgeverhandlungen auf europäischer Ebene, nicht jedoch die Bundesebene. Ein Transparenzgesetz, der Einsatz von Web 2.0-Technologien in der Bundesverwaltung und Open Innovation werden im Bürgerprogramm 2013 nirgends thematisiert.

Insgesamt unterstützt die FDP den bisherigen Kurs der Open Government-Aktivitäten der christlich-liberalen Bundesregierung und des IT-Planungsrats. Mit ihrer klaren Unterstützung öffentlicher Open Data-Angebote und dem Wunsch nach deren zügigem Ausbau zeigen sie, dass aus ihrer Sicht die Richtung eines offenen Regierungs- und Verwaltungshandelns stimmt, aber noch erhebliche Verbesserungspotentiale bestehen.

3.3 SPD

Die sozialdemokratische Partei steht mit ihrem Regierungsprogramm für eine demokratische und offene Gesellschaft, zu deren Fundamenten sie die demokratische Kultur und Öffentlichkeit genauso zählt wie Transparenz und Partizipation. Die SPD möchte die klassisch-repräsentative Demokratie um neue und weitergehende Formen der demokratischen Partizipation auf allen politischen Ebenen ergänzen. Digitale und technische Innovationen eröffnen hierzu neue Möglichkeiten. Forderungen eines Zugangs zum Internet als demokratisches Bürgerrecht und zu qualitativ hochwertiger Information für alle wirken konsequent. Um mehr Offenheit und Transparenz in politische Entscheidungen und über die Interessen der Entscheidungsträger zu bringen, werden eine vollständige Einkünfteübersicht der Bundestagsabgeordneten und der Parteien, ein verpflichtendes Lobbyregister beim Deutschen Bundestag und eine „Legislative Fußspur“ zur Ausarbeitung eines jeden Gesetzesentwurfs gefordert. Zudem soll das Informationsfreiheitsgesetz des Bundes durch ein Transparenzgesetz nach dem Hamburger Vorbild erweitert werden. Die Bürger müssen zudem früher und intensiver an der Planung und Umsetzung von Infrastrukturprojekten beteiligt werden. Ihnen sollen auch mehr Mitwirkungsrechte bei der politischen Willensbildung eingeräumt werden, etwa in Form von Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden auf Bundesebene. Neu zu gestaltende Partizipationsinstrumente seien auch auf sozial Schwächere und Minderheiten auszurichten. Ohne explizit auf eine IT-gestützte Zusammenarbeit einzugehen, wird die Verwaltung indirekt dazu aufgefordert, Transparenz als Chance für mehr Vielfalt und Innovation zu begreifen, aber auch mit der Kontrolle von außen konstruktiv umzugehen. In Open Data-Projekten sehen die Sozialdemokraten die Chance, mehr Transparenz in das staatliche Wissen zu bringen. Möglichst alle für die Öffentlichkeit relevanten Datenbestände, Statistiken, Dokumente und sonstige öffentlich finanzierten Werke sollen im Internet frei zugänglich gemacht werden. Ohne ausdrückliche Erwähnung umfasst dies auch das Haushaltswesen, Wissenschaft und Bildung. Die Möglichkeiten von Internetplattformen, Liquid Democracy und Social Media möchte die SPD aufgreifen, weiterentwickeln und sinnvoll einsetzen. Ideenwettbewerbe im Sinne eines „Crowdsourcing“ werden dort erwogen, wo sie eine „ermöglichende Rolle“ spielen. Schnellen Internetzugängen wird für die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft einer Region enorme Bedeutung zugeschrieben (SPD 2013).

Die SPD greift mit ihrem Regierungsprogramm viele Ansätze auf, die einem offenen Regierungs- und Verwaltungshandeln zuzuordnen sind. Mit Vielfalt als Zukunftsressource einer offenen Gesellschaft und mehr Markttransparenz für Verbraucher, etwa im Finanzsektor, setzt sie weitere eigene Akzente zu Offenheit und Transparenz. Viele der skizzierten Maßnahmen lassen sich erst durch moderne IKT umsetzen, was von der SPD richtig erkannt wird. Mit der „Legislativen Fußspur“ hat sie zudem einen sehr innovativen Ansatz übernommen, um Einflüsse von Lobbyisten auf die konkrete Gestaltung von Gesetzestexten transparent zu machen.

3.4 Bündnis 90/Die Grünen

Bündnis 90/Die Grünen setzen in ihrem Bundestagswahlprogramm 2013 auf Open Government: „Offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln muss Standard werden. Wir wollen die Informationsfreiheit verfassungsrechtlich stärken, ausweiten und Open-Data-Strategien durchsetzen.“ Das Informationsfreiheitsgesetz des Bundes soll zu einem Transparenzgesetz ausgebaut werden. Die öffentliche Hand soll alle unterzeichneten Verträge veröffentlichen. Ein Lobbyistenregister soll nachvollziehbar machen, „wer mit wie viel Geld Einfluss auf ein Gesetz genommen hat“. In diesem Zusammenhang stehen auch die Vorschläge zur Veröffentlichung von Parteienfinanzierung und von Nebeneinkünften der Abgeordneten. Abgeordnetenbestechung soll unter Strafe gestellt werden. Zugleich fordern Bündnis 90/Die Grünen mehr Transparenz und Teilhabe in der digitalen Gesellschaft. „Teilhabe, Einmischen und Zukunft schaffen“ sind die drei Motoren des grünen Wandels. Dazu schlagen sie Planungsdialoge, Konsultationen und öffentliche Petitionen vor, aber auch Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide auf Bundesebene. Das Mehr an Demokratie, Dialog und Beteiligung soll auch durch neue digitale Öffentlichkeiten im Internet entstehen. Wichtig sind der Partei niedrigschwellige Verfahren der Bürgerbeteiligung, bei denen von Anfang an alle gesellschaftlichen Gruppen auf Augenhöhe eingebunden werden und die Chance bekommen, dass auch ihre Interessen im Entscheidungsprozess Berücksichtigung finden. Pragmatisch schlagen die Grünen vor, mit den Bürgern einen Bundesmobilitätsplan zu erarbeiten. Konkretere Vorschläge zur IT-gestützten Zusammenarbeit und zu offener gesellschaftlicher Innovation finden sich nicht im Wahlprogramm, wohl aber der Wunsch, das Engagement der Bürger zu fördern. Zudem setzen sie sich für einen gesetzlich wirksamen Schutz von Whistleblowern ein. Ergänzend wollen Bündnis 90/Die Grünen Open Data-Strategien in der Bundesverwaltung durchsetzen. Staatliche Stellen sollen von sich aus ihre Informationen als offene Daten frei verfügbar machen, also vollständig, zeitnah, diskriminierungs- und barrierefrei. Von Weiterverarbeitung, Veredelung und Weiterverbreitung erwarten sie neue Anwendungen, Produkte, Dienstleistungen und Geschäftsmodelle. Die Open Data-Verpflichtungen sind laut der Grünen gesetzlich zu verankern. Zudem soll das Govdata-Portal funktional und inhaltlich erweitert werden. Insbesondere der Deutsche Bundestag sollte selbst als Vorbild vorangehen und seine demokratischen Datenschätze öffnen. Open Access und Open Data im Wissenschaftsbereich werden ausdrücklich unterstützt, da die Partei den freien Zugang zu Daten als eine Triebfeder der Wissensgesellschaft sieht. Dagegen werden Haushaltsdaten nicht direkt erwähnt, wohl aber der Wunsch, das Parlament über ein unabhängiges Haushaltsbüro im Haushaltsverfahren zu stärken und die Kontrolle wirkungsvoller zu gestalten. Gefordert wird auch die Verwendung offener Standards und Schnittstellen sowie freier Produkte und Software in der öffentlichen Verwaltung (Bündnis 90/Die Grünen 2013).

Bündnis 90/Die Grünen setzen sich mit ihrem Wahlprogramm stark und ausdrücklich für Themen eines offenen Regierungs- und Verwaltungshandelns ein. Sie wollen dies in der Bundesverwaltung zu einem wichtigen Standard der Regierungsführung machen und unterscheiden sich mit dieser Forderung von den derzeitigen Regierungsparteien CDU/CSU und FDP. Auf die Verwendung des englischen Begriffs „Open Government“ wird jedoch verzichtet. Bündnis 90/Die Grünen sind jedoch die einzige Partei, die einen Gesamtansatz für Open Government in ihrem Wahlprogramm aufzeigt.

3.5 Die LINKE

Die LINKE geht in ihrem Bundestagswahlprogramm „100 Prozent sozial“ nur indirekt auf ein offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln ein, ohne es jemals zu erwähnen. Für die Partei ist „Netzpolitik Gesellschaftspolitik“. Sie will, dass „das Internet als Raum für soziale Innovation weiter offen bleibt.“ Hinter diesen Aussagen verstecken sich einige Forderungen nach mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung. So verlangt die LINKE umfassende Informations- und Auskunftsrechte für Bürger. Gesetzgebung und Regierungshandeln sollen durch Open Data transparent gemacht werden. Dazu soll auch ein Transparenzgesetz nach dem Hamburger Vorbild dienen. Sie fordert ein verbindliches und transparentes Lobbyistenregister, eine Veröffentlichung von Nebenverdiensten von Abgeordneten, Unternehmensspenden an Parteien sowie Sponsoring und die Einrichtung eines Registers korrupter Unternehmen. Die LINKE tritt für eine Demokratie ein, in der „es etwas zu entscheiden gibt“ und fordert eine „nachhaltige Demokratisierung der Demokratie“. So sollen Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheide mit niedrigen Zugangsbarrieren auf Bundesebene sowie verbindlicher Bürgerforen eingeführt werden. Potentiale einer offenen IT-gestützten Bürgerbeteiligung und Zusammenarbeit werden nicht angesprochen. Die LINKE setzt sich für eine umfassende Nutzung von Open Data ein, in der die Persönlichkeitsrechte bewahrt blieben. „Datenbestände von Verwaltungen, Behörden und öffentlichen Unternehmen sollen im Internet unter freien Lizenzen und in maschinenlesbarer Form zugänglich gemacht werden.“ Wissen, das aus Steuermitteln erarbeitet wurde, muss nach Meinung der LINKEN allen zur Verfügung stehen. Das Open Data Prinzip und Open Access sollen insbesondere die Zugänglichkeit von Veröffentlichungen und Forschungsdaten verbessern. Für Zwecke der Bildung, Forschung und Lehre wird vorgeschlagen, urheberrechtlich geschützte Werke im Rahmen einer Ausnahmeregelung einfacher nutzbar zu machen. Zudem möchte sie neue Modelle zur Finanzierung kreativer Werke einschließlich Crowdfunding anstoßen und die Nutzung von freier Software in der öffentlichen Verwaltung ausbauen (Die LINKE 2013).

In ihrem Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 erwähnt die LINKE an keiner Stelle ein offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln als Gesamtstrategie. Im Rahmen ihrer netzpolitischen und gesellschaftspolitischen Forderungen bedienen sie sich jedoch zahlreicher Elemente, die einem solchen Ansatz zuzuordnen sind. Mit Transparenz und Open Data wurden zwei wichtige Themen besetzt. Ein Gesamtkonzept für eine Öffnung von Staat und Verwaltung wird mit dem Wahlprogramm aber nicht präsentiert.

3.6 Piratenpartei

Die Piratenpartei Deutschland stellt in ihrem Wahlprogramm „Wir stellen das mal Infrage“ viele Forderungen auf, die eindeutig einem offenen Regierungs- und Verwaltungshandeln zuzuordnen sind. Dennoch wird darauf verzichtet, „Open Government“ oder eine sinngemäße deutsche Übersetzung als Oberbegriff zur Verwaltungsmodernisierung zu verwenden. Stattdessen wird mit dem Slogan „Für eine moderne, weltoffene Verwaltung“ für die Integration von Migranten, die interkulturelle Öffnung der Verwaltung und mehr Diversität in der Verwaltung geworben. Dennoch finden sich im Wahlprogramm zu Demokratie, Bildung und Forschung, Außenpolitik, Innen- und Rechtspolitik viele Vorschläge, die im Sinne einer Öffnung sehr viel weiter als jene anderer Parteien greifen. Zu erwähnen sind etwa die Einführung von offenen Listen, Kumulieren und Panaschieren bei Bundestagswahlen und die transparente Außenpolitik. Transparenz, der transparente Staat und transparente Behörden sind das Hauptanliegen der Piraten. Sie wollen eine Nachvollziehbarkeit von behördlichen Abläufen sicherstellen. Dazu soll ein hochwertiger, offener nationaler Bürgerinformationsportalverbund geschaffen werden, der über Behörden, Verwaltungsleistungen und Zuständigkeiten von Bund, Länder und Kommunen Auskunft geben kann. Großer Wert wird auf eine Überarbeitung des Informationsfreiheitsgesetzes gelegt, um Spielräume der Bundesverwaltung „zur systematischen Umgehung der Informationspflichten“ zu beseitigen und um eine Veröffentlichungspflicht für Dokumente der Bundesverwaltung zu sichern. Verträge zwischen öffentlicher Hand und Privatwirtschaft sollen künftig veröffentlicht werden müssen, um ihre Wirksamkeit zu entfalten. Ansätze zur politischen Transparenz sollen helfen, Einflussnahmen auf politische Entscheidungen offenzulegen. Vorgeschlagen wird zudem ein Lobbyregister für den Bundestag und eine Verschärfung der Transparenz- und Nebeneinkunftsregeln für Abgeordnete. Whistleblower sollen gesetzlich geschützt werden. Über direkte und indirekte Mitbestimmungsmöglichkeiten möchten die Piraten die Partizipation eines jeden Einzelnen steigern. Auf Bundesebene schlagen sie Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksabstimmungen vor. Zudem soll die digitale Teilhabe an der Gesellschaft in der europäischen Grundrechtecharta verankert werden. Offene Daten und der freie Zugang zu öffentlichen Inhalten sind weitere zentrale Forderungen. Alle durch öffentliche Stellen erzeugten oder mit Hilfe öffentlicher Förderung entstandene Inhalte sollen der Öffentlichkeit in offenen Formaten online frei zugänglich gemacht werden. Insbesondere die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sollen verpflichtet werden, ihre Produktionen dauerhaft online abrufbar zu machen. Die Piratenpartei setzt sich für die Schaffung von Gemeingütern ein wie freie Software, freie Kulturgüter, offene Patentpools, freie Bildungsangebote und freie und offene Lehr- und Lernmaterialien. Im Bildungskontext soll die Mediennutzung für alle Bildungseinrichtungen frei von Urheberrechtsabgaben erfolgen können. Ergebnisse von Wissenschaft und Forschung müssen im Anschluss der Öffentlichkeit in vollem Umfang zur Verfügung gestellt werden. Die Publikation nach dem Open Access Prinzip soll ein zentrales Kriterium bei der Vergabe öffentlicher Fördermittel werden. Die Piratenpartei setzt sich zudem für eine Öffnung der Haushaltsdaten und einen Bürgerhaushalt ein. Bürger sollen „bundesweit ihre Meinung zur sinnvollen Verwendung von Investitionsgeldern sowie zu Einsparmaßnahmen im Bundeshaushalt äußern.“ Zudem wird verlangt, quelloffene Software in der Verwaltung einzusetzen. Das Potential offener gesellschaftlicher Innovation wird auf Crowdfunding reduziert. (Piratenpartei Deutschland 2013).

Die Piratenpartei fordert in ihrem Wahlprogramm viele Maßnahmen zu einem offenen Regierungs- und Verwaltungshandeln ein, ohne dies in einen Open Government-Gesamtansatz zur Verwaltungsmodernisierung einzubinden. Mit ihren Vorschlägen stellen die Piraten viele etablierte Verfahren und Organisationen in Frage und setzen neue Maßstäbe. Neuartige Forderungen wie Transparenz im Gesundheitssystem oder Open Access in der Entwicklungspolitik regen zum Nachdenken an.

4 Vergleichende Übersicht zum Offenen Regierungs- und Verwaltungshandeln in den Wahlprogrammen

4.1 Offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln (Open Government)

Kernidee: Grundsätzliche Öffnung von Staat und Verwaltung auch durch neue technische Ansätze



- Breite gesellschaftliche Debatte zu Internet und digitale Gesellschaft mit Politik, Sozialpartnern und Zivilgesellschaft
- Digitales Weißbuch für gesellschaftliche Auseinandersetzung
- Politik & Verwaltung transparent & nachvollziehbar gestalten
- Für mehr Offenheit gegenüber interessierter Öffentlichkeit



- „Die freie, die offene Bürgergesellschaft“
- „Vielfalt leben - miteinander in einer offener Bürgergesellschaft“
- Demokratie in unserem Land stärken und beleben
- Grundrechte in der digitalen Welt



- Demokratie leben: „Voraussetzung für eine demokratische und offene Gesellschaft sind demokratische Kultur und Öffentlichkeit genauso wie Transparenz und Partizipation.“
- „Wir wollen unsere klassisch-repräsentative Demokratie um neue und weitergehende Formen der demokratischen Partizipation auf allen politischen Ebenen ergänzen.“



- „Offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln muss Standard werden.“
- „Wir wollen die Informationsfreiheit verfassungsrechtlich stärken, ausweiten und Open Data-Strategien durchsetzen.“
- Mehr Transparenz und Teilhabe in der digitalen Gesellschaft
- Bürgerrechte in der digitalen Welt stärken
- Parlamente stärken, Parteien öffnen



- „Für die LINKE ist Netzpolitik Gesellschaftspolitik.“
- „Wir wollen, dass das Internet als Raum für soziale Innovation weiter offen bleibt.“



- „Demokratie wagen“
- Einführung von offenen Listen, Kumulieren und Panaschieren
- „Für eine moderne, weltoffene Verwaltung“
- Öffentliche Aufträge als Vorbilder für Integritätskriterien und Informationsfreiheit einsetzen
- Digitale Agenda für Europa
- Transparente Außenpolitik

4.2 Transparenz des Regierungs- und Verwaltungshandelns

Kernidee: Schaffung von Transparenz und Nachvollziehbarkeit durch neuartige technische Ansätze
Politische Transparenz, Planungs- & Verwaltungstransparenz, Informationszugangsfreiheit
Sichtbare und verständliche Meinungsbildungs-, Abwägungs- und Entscheidungsprozesse



- Politik und Verwaltung transparent und nachvollziehbar gestalten, um Bürger besser zu informieren & einzubeziehen
- Unterlagen und Alternativentwürfe frühzeitig im Netz für Beteiligungsprozesse veröffentlichen
- Für mehr Offenheit gegenüber interessierter Öffentlichkeit
- Transparenz aller europäischen Entscheidungen für Bürger



- Für internationales Urheberrecht notwendige internationale Vereinbarungen sind transparent und nachvollziehbar zu verhandeln und zu verabschieden
- Transparenz und Information – für fairen Wettbewerb
- Transparenz über Dienstleistungen und Produkte, damit Verbraucher selbstbestimmt auswählen können



- Mehr Offenheit und Transparenz politischer Entscheidungen
- Einkünfteübersicht der Abgeordneten & Parteien
- Verpflichtendes Lobbyregister beim Deutschen Bundestag
- „Legislative Fußspur“ zur Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs
- Transparenz staatlichen Wissens durch Open Data-Projekte
- Transparenzgesetz auf Bundesebene (Hamburger Vorbild)



- Informationsfreiheit und Transparenz konsequent ausbauen
- Ausbau IFG zu einem umfassenden Transparenzgesetz
- Open Data-Strategien durchsetzen
- Gesetzlich wirksamer Schutz von Whistleblowern
- Veröffentlichung der Verträge der öffentlichen Hand
- Verpflichtendes Lobbyistenregister



- Umfassende Informations- und Auskunftsrechte
- Weiterentwicklung des Informationsfreiheitsgesetzes zu einem Transparenzgesetz nach dem Hamburger Vorbild
- Gesetzgebung und Regierungshandeln mit Open Data
- Verbindliches und transparentes Lobbyistenregister
- Register für korrupte Unternehmen



- Transparenter Staat und transparente Behörden
- Informationsfreiheitsgesetz überarbeiten
- Öffentlich zugängliches Bürgerinformationsportal
- Lobbyregister für den Deutschen Bundestag
- Veröffentlichungspflicht für Dokumente und Verträge
- Veröffentlichung aller Gerichtsentscheidungen

4.3 Bürgerbeteiligung im politischen Prozess (Partizipation)

Kernidee: Bürger auch mit neuartigen technischen Ansätzen stärker an Meinungsbildung und politischer Entscheidungsfindung beteiligen



- „Mitmachen! Einmischen! – Mehr Bürgerbeteiligung“
- Alle wichtigen Unterlagen & Alternativentwürfe müssen für Beteiligungsprozess frühzeitig im Netz veröffentlicht werden
- Alle Vorschläge und Alternativlösungen im Verfahren prüfen
- Bürgerbeteiligung weiter ausbauen
- Bürgerdialoge: Betroffene zu Beteiligten machen



- Öffnung und Stärkung der repräsentativen Demokratie
- Einführung des Bürgerplenarverfahrens
- Fakultatives Gesetzesreferendum
- Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden
- Neue Medien eröffnen neue Chancen für Bürgerbeteiligung
- Tagesaktuelle Beteiligung der Bürger an politischen Debatten



- Bürger früher und intensiver bei Planung und Umsetzung von Infrastrukturprojekten beteiligen & Verfahren beschleunigen
- Zugang zum Internet als demokratisches Bürgerrecht
- Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide
- Online-Petitionen und Online-Befragungen
- Öffnung der Ministerien für mehr Bürgerbeteiligung an Gesetzentwürfen und anderen wichtigen Vorhaben



- „Teilhaben. Einmischen. Zukunft schaffen“
- Mitreden, gehört werden, mitentscheiden
- Konsultationen, mindestens per Internet, plus Offline
- Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid
- Neue, niedrigschwellige Verfahren der Bürgerbeteiligung
- Neuartiges Planungsrecht für Infrastrukturgroßprojekte
- Neuen Bundesmobilitätsplan mit den Bürgern entwickeln



- Demokratische Teilhabe:
„Für eine Demokratie, in der es etwas zu entscheiden gibt“
- „Nachhaltige Demokratisierung der Demokratie“
- Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid
- Einführung verbindlicher Bürgerforen
- Ausbau des Petitionsrechts



- Wahlrecht: Direkte und indirekte Mitbestimmungsmöglichkeiten eines jeden Einzelnen steigern
- Volksinitiative, Volksbegehren, Volksabstimmung
- Einführung eines fakultativen Referendums
- Digitale Teilhabe an der Gesellschaft
in der europäischen Grundrechtecharta verankern

4.4 Zusammenarbeit im Verwaltungshandeln (Kollaboration)

Kernidee: Bürger mit neuartigen technischen Ansätzen stärker an der Umsetzung und Erfolgskontrolle nach der politischen Entscheidungsfindung beteiligen



Keine Aussagen zum IKT-Einsatz für eine Zusammenarbeit, aber

- *Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken*
- *Nachbarschaftshilfen als „Sorgende Gemeinschaften“*
- *Ehrenamt und Sport fördern*
- *Verlässliche Partner für die Kommunen*
- *Zusammenarbeit zwischen Kommunen stärken*



Keine Aussagen zum IKT-Einsatz für eine Zusammenarbeit, aber

- *Bürgerschaftliches Engagement stärken*
- *Stärkung von Ehrenamt und individuelles Engagement.*



Keine Aussagen zum IKT-Einsatz für eine Zusammenarbeit, aber

- *Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt stärken*
- *Verwaltung soll Transparenz als Chance für mehr Vielfalt und Innovation begreifen*
- *Gleichzeitig ermöglicht mehr Transparenz auch Kontrolle*



Keine Aussagen zum IKT-Einsatz für eine Zusammenarbeit, aber

- *Es gibt viel zu tun – von Menschen für Menschen*
- *Engagement der Bürger fördern*



Keine Aussagen zum IKT-Einsatz für eine Zusammenarbeit, aber

- *Gemeinsam das Land verändern*



- *„Commons (Gemeingüter): Vorfahrt für Kooperation, Selbstorganisation und Gemeinsinn“*
- *Position öffentlicher Bibliotheken muss gestärkt werden*
- *Ausweitung und Erleichterung der Digitalisierung und Archivierung von Werken sowie des Zugriffs darauf*
- *Industrie- und Verkehrslärm durch Kartierung auf Open Data-Basis erfassen*

4.5 Freie und offen zugängliche Verwaltungsdaten (Open Government Data)

Kernidee: Wirtschaft und Bürgern den freien Zugang zu den offenen Verwaltungsdaten und Verwaltungsinformationen des öffentlichen Sektors eröffnen



- Open Data Cloud mit Cloud Diensten für Verkehrsträger, Verkehrsinformationen und Ticketverkauf
- Förderung von „Big Data“ im Interesse zukünftiger Wachstums- und Beschäftigungschancen durch gestaltende Rolle deutscher Unternehmen bei dieser Entwicklung



- Fortführung und Ausbau bestehender öffentlicher Open Data-Angebote
- Möglichst viele Daten aus öffentlicher Verwaltung und öffentlichen Unternehmen in maschinenlesbarer Form und unter Verwendung einer offenen Lizenz zur Verfügung stellen
- Nutzung der Daten sollen Innovationen ermöglichen



- Mehr Transparenz staatlichen Wissens durch Open Data
- Erweiterung des Informationsfreiheits- um ein Transparenzgesetz auf Bundesebene nach dem Hamburger Vorbild
- Möglichst alle für die Öffentlichkeit relevanten Datenbestände, Statistiken, Dokumente und sonstige öffentlich finanzierten Werke frei im Internet zugänglich machen



- Open Data-Strategien durchsetzen
- Proaktive Veröffentlichung von Daten und Informationen durch staatliche Stellen sowie ein freier Zugang
- Erweitertes bundesweites Datenportal, in dem Daten aus Bund, Ländern und Kommunen veröffentlicht werden
- Bundestag muss Open Data-Angebot deutlich verbessern
- Verankerung der Open Data-Verpflichtungen der Behörden in einem Informationsfreiheitsgesetz 2.0



- Einsatz für umfassende Nutzung von Open Data, in der die Persönlichkeitsrechte bewahrt bleiben
- Datenbestände von Verwaltungen, Behörden und öffentlichen Unternehmen sollen im Internet unter freien Lizenzen und in maschinenlesbarer Form zugänglich gemacht werden
- Einsatz für Zugänglichkeit von Forschungsdaten nach dem Prinzip von Open Data



- Gemeinfreiheit aller amtlichen Werke
- Freier Zugang zu öffentlichen Inhalten, Daten offenlegen
- Inhalte in offenen Formaten online zur Verfügung stellen
- Informationsfreiheitsgesetz überarbeiten
- Open Data in neues Bürgerinformationsportal einbinden
- Open Data für die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten

4.6 Öffnung von Haushaltswesen und Haushaltsdaten (Open Budget 2.0)

Kernidee: Öffnung des Haushaltswesen mit Unterstützung neuartiger technischer Ansätze unter besonderer Berücksichtigung des Potentials von offenen Haushaltsdaten



Keine explizite Aussage, aber indirekt:

- *Einhaltung strikter Haushaltsregeln (EU-Stabilitätspakt)*
Möglichkeiten zur Überwachung und Überprüfung der nationalen Haushalte durch Europäische Kommission stärken
- *Vorlage eines Haushalts ohne neue Schulden*
- *Demografie-Check für Gesetze und öffentliche Investitionen*



Keine explizite Aussage, aber indirekt:

- *Wir setzen uns für eine Fortführung und den Ausbau bestehender öffentlicher Open Data-Angebote ein.*
- *Solide Haushalte: Schwarze Null im Bundeshaushalt*
- *Kurs der Haushaltskonsolidierung fortsetzen*



Keine explizite Aussage, aber indirekt:

- *Möglichst alle für die Öffentlichkeit relevanten Datenbestände, Statistiken, Dokumente und sonstige öffentlich finanzierten Werke frei im Internet zugänglich machen*
- *Konsolidierung der öffentlichen Haushalte*



- *Besser haushalten*
- *Parlament über unabhängiges „Budget-Office“ im Haushaltsverfahren stärken*
- *Kontrolle des Regierungshandelns wirkungsvoller ausgestalten, Rechte von Untersuchungsausschüssen stärken*



- *Einführung partizipativer Haushalte auf allen politischen Ebenen, insbesondere in den Kommunen*



- *Bürgerhaushalt: Bürger sollen bundesweit ihre Meinung zur sinnvollen Verwendung von Investitionsgeldern sowie zu Einsparmaßnahmen im Bundeshaushalt äußern.*
- *Indirekt: Daten offenlegen*

4.7 Open Access und Open Education

Kernidee: Öffnung von öffentlicher Bildung, Lehre, Wissenschaft und Forschung einschließlich der Lehrmaterialien und Forschungsergebnisse mit Unterstützung neuer technischer Ansätze



- Bildungspakt von Kommunen, Ländern und Bund: Schule 2.0
- Digitale Bildung muss deutlich mehr als bisher Bestandteil der Aus- und Fortbildung von Lehrern werden
- Medien- und Informationskompetenz stärken
- Mit zeitgemäßem Urheberrecht Wissenschaft unterstützen
- Einsatz digitaler Studienmaterialien an den Hochschulen
- Entwicklung einer „Open-Access-Strategie“ mit Wissenschaft



- Zeitgemäßen und wirksamen Schutz des geistigen Eigentums
- Mehr Vergleichbarkeit zwischen den Bundesländern
- Förderungsrichtlinien für öffentlich geförderte Forschung, die die Publikation der Ergebnisse grundsätzlich zum Ziel hat
- Fortführung und Ausbau bestehender öffentlicher Open Data-Angebote



- Möglichst alle für die Öffentlichkeit relevanten Datenbestände, Statistiken, Dokumente und sonstige öffentlich finanzierten Werke frei im Internet zugänglich machen



- Ergebnisse öffentlich finanzierter Forschung rasch breit verfügbar machen
- Unterstützung von Open Access und Open Data im Wissenschaftsbereich
- Durch öffentliche Mittel finanzierte wissenschaftliche Publikationen müssen frei zugänglich sein



- Wissen, das aus Steuermitteln erarbeitet wurde, muss uns allen zur Verfügung stehen
- Open-Access-Veröffentlichungen und Open Data Zugänglichkeit von Forschungsdaten
- Urheberrechtlich geschützte Werke für Zwecke der Bildung, Forschung & Lehre mit Ausnahmeregelung nutzbar machen



- Stärkung der Position öffentlicher Bibliotheken
- Mediennutzung im Bildungskontext frei von Urheberrechtsabgaben
- Open Access Prinzip als Kriterium bei der Vergabe
- Freie Bildungsangebote (Commons)
- Freie und offenen Lehr- und Lernmaterialien (OER)
- Open Access-Fonds aus Bundesmitteln

4.8 Web 2.0-Technologien und Social Media im öffentlichen Sektor

Kernidee: Nutzung von Webdiensten, sozialen Netzwerken und Medienangeboten im Internet durch den öffentlichen Sektor, um Kontakte aufzubauen, zu halten und zu intensivieren, unter vollkommener Einhaltung der geltenden datenschutzrechtlichen Vorgaben, was bei Google, Facebook, Twitter & Co. vielfach nicht unbedingt gewährleistet wird



Keine explizite Aussage

- Eigene Nutzung von Facebook:
<https://www.facebook.com/CDU> und
<https://www.facebook.com/CSU>



Keine explizite Aussage

- Eigene Nutzung von Facebook:
<https://www.facebook.com/FDP>



- Digitale und technische Innovation aufgreifen, weiterentwickeln und sinnvoll einsetzen
- Investitionen dort begünstigen, wo sie auf die zentralen Bereiche des öffentlichen Lebens bei Infrastrukturen und Zukunftsmärkten und auf die Deckung gesellschaftlicher und sozialer Bedürfnisse gerichtet sind
- Eigene Nutzung von Facebook:
<https://www.facebook.com/SPD>



- Verwendung offener Standards und Schnittstellen
- Zunehmende Verwendung freier Produkte und Software in der öffentlichen Verwaltung
- Eigene Nutzung von Facebook:
<https://www.facebook.com/B90DieGrünen>



- Ausbau der Nutzung von freier Software in der öffentlichen Verwaltung
- Eigene Nutzung von Facebook:
<https://www.facebook.com/linkspartei>



- Quelloffene Software in der Verwaltung einsetzen
- Eigene Nutzung von Facebook:
<https://www.facebook.com/PiratenparteiDeutschland>

4.9 Offene Gesellschaftliche Innovation

Kernidee: Mit neuartigen technischen Ansätzen stärker auf Bürger und Unternehmen als Treiber zur Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen und Fragestellungen setzen



- Im Wettbewerb die besten Lösungen für die Zukunft finden
- Unser Ziel ist es die besten Ideen zu finden und umzusetzen (im Kontext Demographieentwicklung/Bevölkerungsstruktur)
- „Open Innovation“ bedeutet, vorhandenes Wissen in Organisationen auch für Außenstehende zugänglich zu machen, um neue Ideen voranzutreiben.
- Über 2020 hinaus Hightech-Strategie weiterentwickeln
- Städte als Ideenschmieden – Kulturzentren stärken



Keine explizite Aussage



- Schnelle Internetzugänge sind für die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft der Regionen von enormer Bedeutung
- Verwaltung soll Transparenz als Chance für mehr Vielfalt und Innovation begreifen
- Ideen-Wettbewerbe („Crowdsourcing“), wenn sie eine ermöglichende Rolle spielen



Keine explizite Aussage



- „Wir wollen, dass das Internet als Raum für soziale Innovation weiter offen bleibt.“
- Einsatz für neue Vergütungsmodelle: Crowdfunding



- Förderung alternativer Vertriebsmodelle: Micropaymentsysteme oder Crowdfundingmodelle

4.10 Mitwirkungsmöglichkeiten für Bürger am Wahlprogramm

Kernidee: Bürger mit neuartigen technischen Ansätzen stärker an der Meinungsbildung zur Gestaltung von Wahlprogrammen beteiligen und gute Ideen direkt aufnehmen



- Bürger konnten Vorhaben in acht ausgewählten Politikfeldern kommentieren (Was mir am Herzen liegt!: <https://www.regierungsprogramm.cdu.de>)
- Indirekt: Zukunftsdialog der Bundeskanzlerin (Bundeskanzleramt) mit einen Experten- und einem Bürgerdialog (<https://www.dialog-ueber-deutschland.de>)



- Diskussion des Entwurfs mit Interessierten auf dem sozialen Intranet „meine freiheit“ (<http://www.meine-freiheit.de>)



- Regierungsprogramm neuen Typs, transparent und im intensiven Dialog ist entstanden
- Bürgerbeteiligung auf über 350 Veranstaltungen und im Bürgerdialog an der Programmgestaltung: „Was muss in Deutschland besser werden?“ (<http://www.spd.de/buergerdialog/>)
- Über 40.000 Vorschläge, Anregungen, Ideen, Kritik zu den vers. Politikbereichen über Dialogkarten seit September 2012
- Großer SPD-Bürgerkonvent zur gemeinsamen Diskussion



- Einladung an Parteimitglieder und Öffentlichkeit, auf Programmforen in den Ländern und in Online-Fragestunden mit den Spitzenkandidaten und den Bundesvorsitzenden über den Programmentwurf zu diskutieren (<http://www.gruene.de/partei/deine-fragen-zum-gruenen-wandel.html>)



- Bürger zur Teilhabe an einer Debatte über Programmentwurf eingeladen: <http://www.die-linke.de/dielinke/wahlen/debattezumbundestagswahlprogramm> (bereits deaktiviert)



- Öffentliche Diskussion des Wahlprogramms über Liquid Feedback (<https://lqfb.piratenpartei.de>)

Quellen: Wahlprogramme, LPB BW 2013 und eigene Recherchen.

5 Fazit: Offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln im Wahlkampf

Das offene Regierungs- und Verwaltungshandeln ist im Bundestagswahlkampf 2013 ein ernstzunehmender Trend mit Gestaltungskraft, der sich in den Wahlprogrammen in vielfältigen Forderungen niederschlägt. Obwohl diese die Wahlprogramme nicht dominieren, dies geschieht mit Vorschlägen zur Steuer-, Wirtschafts- und Sozialpolitik, haben sie das Potential, den Staat und die Demokratie langfristig zu verändern. Im Kern geht es darum, wie bürgernah, transparent, nachvollziehbar, einbindend, kooperativ und offen sich Politik und Bundesverwaltung aus Sicht der Parteien in den kommenden Jahren aufstellen sollen. CDU/CSU und FDP positionieren sich eher moderat und erkundend. SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die LINKE setzen bei Transparenz und Bürgerbeteiligung stärker auf die Möglichkeiten digitaler Technologien. Die Piratenpartei hat in ihrem Wahlprogramm viele Vorschläge mit weit reichenden Folgen zusammengetragen. Nur Bündnis 90/Die Grünen fordert ein offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln „als Standard“ direkt ein. Der Begriff „Open Government“ oder eine sinngemäße Übersetzung wird bei den anderen Parteien dagegen nicht verwendet.

Bisher galt in Deutschland, dass sich Themen der Verwaltungsmodernisierung nur bedingt zum Bundestagswahlkampf eignen und E-Government nicht wahlentscheidend war. Dennoch gab es einen Konsens, dass Investitionen in die Automatisierung und Rationalisierung, in Datenverarbeitung und Informationstechnologie sinnvoll angelegt seien. Sie setzen Effizienzpotentiale in der Bundesverwaltung frei, die zu neuen Gestaltungsmöglichkeiten beitragen. Über 60 Jahre hinweg wurden diese Vorschläge von allen Parteien politisch begrüßt und deren Umsetzung der Verwaltung übertragen.

Erst mit dem Erfolg der Piratenpartei und deren Einzug in vier Landesparlamente sowie der Einrichtung der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ begann eine Profilierung der Parteien über netzpolitische Themen. Aus der Sorge heraus, größere Wählerschichten an die Piratenpartei zu verlieren, entwickelten die etablierten Parteien ein eigenes netzpolitisches Programm zur digitalen Gesellschaft, in das sich auch Forderungen nach einem offenen Regierungs- und Verwaltungshandeln einordnen lassen. Die Bedeutung der gewählten netzpolitischen Sprecher in den etablierten Parteien ist in der Außenwirkung und in den Medien noch als verhalten einzuschätzen.

Gleichzeitig haben sich alle Parteien bei der Formulierung der Bundestagswahlprogramme geöffnet. So waren es bei CDU/CSU, FDP, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die LINKE und Piratenpartei nicht mehr nur die Parteimitglieder, die an den Vorschlägen und Formulierungen mitgewirkt haben. Ganz im Sinne einer offenen Meinungsbildung wurden Bürgern ohne Parteibuch verschiedene Möglichkeiten angeboten, sich mit ihren Ideen einzubringen und Einfluss auf die Gestaltung der Wahlprogramme und damit der künftigen Gesellschaftsentwicklung zu nehmen. Damit greifen die politischen Parteien den Gedanken von offener gesellschaftlicher Innovation bereits selbst auf und leben ihn vor.

Am Wahlabend wird der Wähler entschieden haben, welche Parteien mit wie vielen Abgeordneten im 18. Deutschen Bundestag vertreten sein werden und welche Parteien sich zeitnah um die Bildung einer Regierungskoalition kümmern. Egal wie die Wahl aussieht, Themen wie Steuern, Wirtschaft, Familie, Bildung und Gesundheit werden die Verhandlungen bestimmen. Netzpolitik und ein offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln werden vermutlich eher am Rande behandelt. Benötigt werden aber engagierte Politiker, die sich in den Verhandlungen mit diesen Themen profilieren und eigene Akzente aus ihren künftigen Führungspositionen setzen wollen. Schließlich gilt: Nur die Forderungen, die es in den im Herbst 2013 zu unterzeichnenden Koalitionsvertrag schaffen, werden in den kommenden vier Jahren von der Bundesregierung und der Bundesverwaltung auch abgearbeitet.

Vor vier Jahren war „Open Government“ kein Thema im Koalitionsvertrag. Das Bundesministerium des Innern brachte 2010 selbst das Modernisierungsprojekt „Open Government“ in das Regierungsprogramm „Vernetzte und transparente Verwaltung“ (BMI 2010) ein. Das offene Regierungs- und Verwaltungshandeln stand damit auf der Agenda zur Verwaltungsmodernisierung in der 17. Legislaturperiode. Gemeinsam mit den Ländern wurde zunächst über Worte, Inhalte und Ausrichtungen gerungen. Mit den Ländern und über den IT-Planungsrat einigte man sich auf ein Positionspapier (BLA 2012) und auf eine Priorisierung der Aktivitäten rund um Open Government Data. Im Ergebnis wurde mit dem Portal Govdata.de 2013 ein Prototyp für einen Datenverbund des öffentlichen Sektors geschaffen, der einerseits Anerkennung und andererseits Kritik erfuhr, aber auch mit umfangreichen rechtlichen Gutachten und 54 Handlungsempfehlungen (Klessmann/Denker/Schieferdecker/Schulz 2012) fundiert wurde. Über eine Fortführung und weitere Aktivitäten soll in der kommenden Legislaturperiode gemeinsam mit den Bundesländern abgestimmt werden. Für ergänzende Maßnahmen stehen dem Bundesinnenministerium bisher keine zusätzlichen finanziellen und personellen Kapazitäten zur Verfügung. Dies sind unter anderem auch die Gründe, die Deutschland davon abhielten, sich an der internationalen Open Government Partnership zu beteiligen (Beyer 2012). International sorgt dies für Nachfragen und Irritationen. Mit Blick auf die sechs analysierten Wahlprogramme, in denen eine potentielle Mitgliedschaft in diesem Staaten umspannenden Verbund mit keiner Silbe erwähnt wird, ist davon auszugehen, dass sich daran kurzfristig kaum etwas ändert.

Die neue Bundesregierung wird Vorgaben zur Verwaltungsmodernisierung in der kommenden Legislaturperiode machen. Bei der Wahl ihrer Schwerpunkte wird sie auch die Empfehlungen berücksichtigen, die von den Referaten und Abteilungen in den Bundesministerien bereits vorbereitet werden. Dabei gilt weiterhin die vom ehemaligen Bundesinnenminister Schäuble getroffene Feststellung: „IT-basierte öffentliche Dienste, vor allem E-Government-Angebote über das Internet, sind der Schlüssel für Bürokratieabbau und Verwaltungsmodernisierung. Sie haben darüber hinaus erhebliche Potenziale, die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Arbeit von Politik und Verwaltung zu verbessern und die Demokratie zu stärken.“ (Schäuble 2008). In der Tat sind die meisten Vorhaben zur Verwaltungsmodernisierung heute IT-Projekte. Benötigt wird eine ganzheitliche Strategie zur Öffnung von Staat und Verwaltung über alle Bundesministerien hinweg, die ausreichende Räume zur Entwicklung bietet. Ebenso ist eine leistungsfähige IT-Infrastruktur für Politik und Verwaltung erforderlich, die den hohen Ansprüchen gerecht wird. Trotz der innen- und wirtschaftspolitischen Bedeutung der Verwaltung fallen die Investitionen in die IT-Infrastruktur für ein offenes Regieren und Verwalten eher bescheiden aus, etwa im Vergleich zu den Sicherheits- oder Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen.

Soll die Bürgerbeteiligung verbessert und die Demokratie auf Bundesebene gestärkt werden, so wären deutlichere Signale aus Politik, Parteien und Bürgerschaft nötig. Der Wähler entscheidet über die Zusammensetzung des 18. Deutschen Bundestages. Die Parteien der künftigen Regierungskoalition bestimmen über die programmatischen Vorgaben, die Ziele und die finanziellen Mittel. In den Koalitionsverhandlungen muss es am Verhandlungstisch treibende Kräfte geben, etwa künftige IT-Beauftragte der Bundesregierung, die Vorgaben zu einem offenen Regierungs- und Verwaltungshandeln im Koalitionsvertrag verbindlich festschreiben. Andernfalls könnten Regierung und Verwaltung entsprechende Forderungen nicht wirklich berücksichtigen. Dann müsste wohl weitere vier Jahre auf eine Umsetzung und eine Neugestaltung gewartet werden. Die analysierten Wahlkampfprogramme zeigen, dass derzeit alle Parteien eine weitere Öffnung von Staat und Verwaltung, mehr Transparenz und mehr Bürgerbeteiligung wünschen. Die Wähler entscheiden über die Intensität.

Betrachtete Wahlprogramme

CDU/CSU 2013: Gemeinsam erfolgreich für Deutschland - Regierungsprogramm 2013 -2017, Programm vom 23.06.2013, Christlich-Demokratische Union und Christlich-Soziale Union, Berlin 2013. Online:
http://www.cdu.de/sites/default/files/media/dokumente/cdu_regierungsprogramm_2013-2017.pdf.

FDP 2013: Bürgerprogramm 2013 - Damit Deutschland stark bleibt – Nur mit uns, Programm vom 05.05.2013, Freie Demokratische Partei, Nürnberg/Berlin 2013. Online:
http://www.fdp.de/files/565/B_rgerprogramm_A5_Online-Fassung.pdf.

SPD 2013: Das WIR entscheidet - Das Regierungsprogramm 2013 - 2017, Programm vom 14.04.2013, Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Augsburg/Berlin 2013. Online:
http://www.spd.de/linkableblob/96686/data/20130415_regierungsprogramm_2013_2017.pdf.

Bündnis 90/Die Grünen 2013: Zeit für den Grünen Wandel – Teilhaben – Einmischen – Zukunft Schaffen, Programm vom 28.04.2013, Bündnis 90/Die Grünen, Berlin 2013. Online:
http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Gruenes-Bundestagswahlprogramm-2013.pdf.

Die LINKE 2013: 100 Prozent sozial – Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013, Programm vom 16.06.2013, Dresden/Berlin 2013. Online: http://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2013/bundestagswahlprogramm/bundestagswahlprogramm2013_langfassung.pdf.

Piratenpartei Deutschland 2013: Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 der Piratenpartei Deutschland, Programm vom 12.05.2013, Piratenpartei Deutschland, Neumarkt in der Oberpfalz 2013. Online:
http://wiki.piratenpartei.de/wiki/images/c/c1/Wahlprogramm_zur_Bundestagswahl_2013_Onlineversion.pdf.

Literatur

Beyer 2012: Beyer, Jan-Ole: Open Government Partnership – Sachstand und Einschätzung, Bundesministerium des Innern, Berlin 2012.

Online: <https://fragdenstaat.de/files/foi/7436/ogp120314bmi.pdf> und <https://fragdenstaat.de/anfrage/dokument-das-nichtteilnahme-an-opg-begrundet>.

BK 2012: Expertenbeirat im Zukunftsdiallog des Bundeskanzleramts: Dialog über Deutschlands Zukunft - Wie wollen wir zusammenleben? Wovon wollen wir leben? Wie wollen wir lernen? Ergebnisbericht des Expertendialogs der Bundeskanzlerin 2011/2012, Langfassung, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Berlin 2012. Online:

<http://www.bundesregierung.de/Content/Infomaterial/BPA/Bestellservice/2012-09-27-buergerdialog-expertenbericht-langfassung.pdf?blob=publicationFile&v=4>.

BLA 2012: Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Förderung des Open Government: Offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln (Open Government) - Eckpunkte zur Förderung von Transparenz, Teilhabe und Zusammenarbeit, IT-Planungsrat, Berlin 2012. Online: <http://e-konsultation.de/opengov/sites/default/files/downloads/120912%20Eckpunkte%20OpenGov.pdf>.

BMI 2010: Bundesministerium des Innern: Regierungsprogramm Vernetzte und transparente Verwaltung, Bundesministerium des Innern, Berlin 2010. Online: http://www.verwaltung-innovativ.de/cln_319/SharedDocs/Publikationen/Pressemitteilungen/regierungsprogramm_vernetzte_und_transparente_verwaltung,templateld=raw,property=publicationFile.pdf/regierungsprogramm_vernetzte_und_transparente_verwaltung.pdf.

CSU 2012: Christlich-Soziale Union: Bayern 3.0 - Leitantrag des Parteivorstandes zum Parteitag der Christlich-Sozialen Union am 19. und 20. Oktober 2012, Beschlussbuch, München 2012, S. 33 - 35. Online: http://www.csu.de/uploads/csusercontent/121020_beschlussbuch_03.pdf.

GI 2012: Gesellschaft für Informatik: Memorandum zur Öffnung von Staat und Verwaltung (Open Government) - Positionspapier der Fachgruppe Verwaltungsinformatik und des Fachbereichs Informatik in Recht und öffentlicher Verwaltung der Gesellschaft für Informatik, in: Verwaltung und Management, 18. Jahrgang, Heft 6, Nomos Verlag, Baden-Baden 2012, S. 333 - 335. Online: <http://fb-rvi.gi.de/fileadmin/gliederungen/fg-vi/FGVI-121016-GI-PositionspapierOpenGovernment.pdf>.

Heumann 2013: Heumann, Stefan: Wie steht es mit der digitalen Agenda? Ein Überblick über die Wahlprogramme, Stiftung Neue Verantwortung, Heft 19, Berlin 2013. Online: <http://www.stiftung-nv.de/151798,1031,111427,-1.aspx>.

IDW 2013: Institut der Deutschen Wirtschaft: Die Programme zur Bundestagswahl 2013 von SPD, Bündnis90/Die Grünen, Die LINKE, FDP und CDU/CSU - Fiskalische Auswirkungen der steuer-, sozial- und arbeitsmarktpolitischen Vorschläge und deren Wachstums- und Beschäftigungseffekte, Institut der Deutschen Wirtschaft, Köln 2013. Online: http://www.iwkoeln.de/_storage/asset/118537/storage/master/file/3159431/download/Analyse+Wahlprogramme+2013.pdf.

Klessmann/Denker/Schieferdecker/Schulz 2012: Klessmann, Jens; Denker, Philipp; Schieferdecker, Ina und Schulz, Sönke E. 2012: Open Government Data Deutschland - Eine Studie zu Open Government in Deutschland im Auftrag des Bundesministerium des Innern, Berlin 2012. Online: http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Themen/OED_Verwaltung/ModerneVerwaltung/opengovernment.pdf?__blob=publicationFile.

LPB BW 2013: Landeszentrale für Politische Bildung Baden Württemberg: Wahlprogramme 2013, Bad Urbach 2013. Online: <http://www.bundestagswahl-bw.de/wahlprogramme1.html>.

von Lucke 2009: von Lucke, Jörn: Entdeckung, Erkundung und Entwicklung 2.0 - Skizzen künftiger Lehr- und Forschungsaktivitäten in der T-City Friedrichshafen, Antrittsvorlesung an der Zeppelin University, in: Jörn von Lucke (Hrsg.): Entdeckung, Erkundung und Entwicklung 2.0: Open Government, Open Government Data und Open Budget 2.0, Schriftenreihe des Deutsche Telekom Institute for Connected Cities, Band 1, epubli GmbH, Berlin 2012, S. 23 - 51.

von Lucke 2010: von Lucke, Jörn: Open Government - Öffnung von Staat und Verwaltung, Deutsche Telekom Institute for Connected Cities, Zeppelin University gGmbH, Friedrichshafen 2010. Online: http://www.zu.de/deutsch/lehrstuehle/ticc/JvL-100509-Open_Government-V2.pdf.

von Lucke 2012: von Lucke, Jörn: Open Government Collaboration - Offene Formen der Zusammenarbeit beim Regieren und Verwalten, Zeppelin Universität gemeinnützige GmbH, Friedrichshafen 2012. Online: <http://www.zu.de/deutsch/lehrstuehle/ticc/JvL-121025-OpenGovernmentCollaboration-V1.pdf>.

von Lucke/Geiger 2010: von Lucke, Jörn und Geiger, Christian: Open Government Data - Frei verfügbare Daten des öffentlichen Sektors, Deutsche Telekom Institute for Connected Cities, Zeppelin University gGmbH, Friedrichshafen 2010. Online: <http://www.zu.de/deutsch/lehrstuehle/ticc/TICC-101203-OpenGovernmentData-V1.pdf>.

von Lucke/Geiger/Hoose/Schreiner 2011: von Lucke, Jörn; Geiger, Christian; Hoose, Alexander und Schreiner, Mario: Open Budget 2.0 & Open Budget Data - Öffnung von Haushaltswesen und Haushaltsdaten, Deutsche Telekom Institute for Connected Cities, Zeppelin University gGmbH, Friedrichshafen 2011. Online: <http://www.zu.de/deutsch/lehrstuehle/ticc/TICC-111024-OpenBudget-V1.pdf>.

von Lucke/Herzberg/Kluge/vom Brocke/Müller/Zimmermann 2012: von Lucke, Jörn; Herzberg, Johann; Kluge, Ulrike; vom Brocke, Jan; Müller, Oliver; Zimmermann, Hans-Dieter: Offene gesellschaftliche Innovation - Die Seealemannische Definition, eSocietyBodensee 2020 Blog, Friedrichshafen 2012. Online: <http://esocietybodensee2020.wordpress.com/publikationen/offene-gesellschaftliche-innovation-die-seealemannische-definition>.

Schäuble 2008: Schäuble, Wolfgang: Grußwort zum 3. Nationalen IT Gipfel 2008, in: Arbeitsgruppe 3 - Szenarien für die Zukunft – Anregungen für eine „Deutsche E-Government-Gesamtstrategie“, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Berlin 2008, S. 5. Online: <http://www.bmwi.de/Dateien/BMWi/PDF/IT-Gipfel/it-gipfel-ag-3.property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf>.